

## Die Woche im Bundestag



### UNSER CORONA-SCHUTZKONZEPT FÜR DEUTSCHLAND



#### IMPFREGISTER

Sichere Datenbasis,  
wirksame Pandemiebekämpfung



#### IMPFKAMPAGNE

Bürger gezielt ansprechen,  
Zweifel entkräften

#### IMPFMECHANISMUS

Impfen nur, wenn  
es nötig ist



CDU CSU

### Impfvorsorge-Mechanismus

Der Kampf gegen die Covid-Pandemie stand auch in dieser Sitzungswoche erneut im Zentrum. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie wächst die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden ist. Ob im Herbst eine neue gefährliche Corona-Welle droht, weiß keiner. Die Unionsfraktion wappnet sich mit einem Impfvorsorgegesetz, das die Einrichtung eines Impfregisters, eine konzentrierte Impfkampagne und einen abgestuften Impfmechanismus umfasst. Damit sind wir der Ampel voraus, die zwar eine Impfpflicht fordert, aber kein Konzept hat.

*(mehr lesen: Seite 3)*

### Energiekostenbremse

Die Energiepreise explodieren und die Ampel ist mal wieder ausgefallen. Die hohen Energiepreise belasten nicht nur die privaten Verbraucher, sondern auch die Wirtschaft und damit Arbeitsplätze. Die Bundesregierung lässt gerade auch die Bürger im ländlichen Raum, wo im Alltag oftmals lange Strecken mit dem Auto zu fahren sind, im Stich! Menschen mit mittleren Einkommen und Familien sind aber dringend auf eine Entlastung angewiesen. Unser Antrag im Bundestag schafft schnelle Abhilfe: EEG-Umlage abschaffen, reduzierte Umsatzsteuer für Strom-, Gas und Fernwärme, Erhöhung der Pendlerpauschale. *(mehr lesen: Seite 4)*

# 22 VORSCHLÄGE

UM DIE EXPLODIERENDEN  
ENERGIEPREISE ZEITNAH,  
WIRKSAM UND GERECHT  
ZU BEKÄMPFEN.

CDU CSU

## Corona-Steuerhilfegesetz - Bundesregierung springt zu kurz



In dieser Woche beschloss das Bundeskabinett den Regierungsentwurf zum Vierten Corona-Steuerhilfegesetz. Dazu erklärt **der zuständige Berichterstatter, Fritz Güntzler:**

„Der Regierungsentwurf zeigt, dass die rote Ampel auf der Bremse steht, anstatt steuerpolitisch Gas zu geben. Statt der angekündigten Superabschreibung will die Bundesregierung lediglich die degressive Abschreibung verlängern. Sie sollte breiter denken und die degressive Abschreibung zu einer wahren Turboabschreibung ausbauen.“

Zudem zeigt sich die Bundesregierung auch hinsichtlich des ertragsteuerlichen Verlustrücktrags ambitionslos. Den Unternehmen ist mit einem Verlustrücktrag von zwei Jahren in das verlustreiche Coronajahr 2020 nicht geholfen. Hier bedarf es mindestens eines dreijährigen Rücktragszeitraums in gewinnträchtige Jahre und erhöhter Höchstbetragsgrenzen. Auch sollte die Bundesregierung die steuerfreie Auszahlung eines Corona-Pflegebonus in Höhe von 3.000 Euro nicht nur für all jene „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Pflegeeinrichtungen – insbesondere Krankenhäusern – zur Anerkennung besonderer Leistungen während der Corona-Krise“ Das greift zu kurz. Auch Erzieherinnen und Erzieher im Notbetrieb, Bedienstete im Gesundheitsamt bei der Kontaktnachverfolgung oder Steuerberaterinnen und Steuerberater bei den Corona-Hilfsanträgen sind während der Corona-Krise über sich hinausgewachsen und verdienen Anerkennung seitens der Bundesregierung.

Schließlich verkennt die geplante Verlängerung der Homeoffice-Pauschale um ein Jahr die Wirklichkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele Beschäftigte haben die Vorzüge flexibler Arbeitsorte kennen- und schätzen gelernt. Deshalb sollte die Homeoffice-Pauschale dauerhaft gewährt werden. Die Bundesregierung ist gut beraten, Steuerpolitik nah am Bürger zu machen und nicht im ministeriellen Elfenbeinturm.“

## Unausgegorene Ankündigungen von Minister Özdemir

Die Bundesregierung hat die Kleine Anfrage der zum Hanfanbau in Deutschland nur unzureichend beantwortet. Dazu erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Albert Stegemann:**

„Die Ampel kann weder Daten, Informationen oder irgendwelche Vorstellungen zu ihren Plänen zur Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken vorlegen. Daher lässt die sie die Fragen zum Hanfanbau auch im Wesentlichen komplett unbeantwortet. Entgegen den Ankündigungen von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir stehen auch gar keine Bäuerinnen und Bauern ‚in den Startlöchern‘, um Hanf anzubauen. Agrarpolitische Nebelkerzen zu werfen, fördert keine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Deutschland, sondern führt Landwirte bestenfalls hinter Licht. Die Ampel ist gut beraten, endlich in den Arbeitsmodus überzugehen und konkrete, abgestimmte und praxisgerechte Entwürfe vorzulegen.“



# Für die nächste Welle wappnen



Photo by Ivan Diaz on Unsplash

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie wächst die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden ist. Doch keiner kann vorhersehen, was im Herbst droht. Für den Fall, dass sich eine neue gefährliche Mutante breit macht, will sich die Unionsfraktion mit einem Impfvorsorgegesetz wappnen.

In Deutschland ist die Impfquote längst nicht hoch genug, um gut durch eine nächste Corona-Welle im Winter zu kommen. Etwa 20 Millionen Menschen sind derzeit überhaupt noch nicht geimpft, darunter vier Millionen Kinder unter fünf Jahren, für die es noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt. In der Gruppe der über 60-Jährigen, die im Fall einer Corona-Infektion ein besonderes Risiko tragen, sind 2,8 Millionen ungeimpft. In unserem Antrag „Impfvorsorgegesetz – ein guter Schutz für unser Land“ fordern wir als Unionsfraktion die Bundesregierung auf, sich darauf vorzubereiten, dass mit dem Auftreten einer neuen Virusvariante erneut eine Überlastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur droht. Dafür sind ein Impfregister, die Intensivierung der Impfkampagne und ein gestufter Impfmechanismus nötig.

Für den Kampf gegen Corona braucht Deutschland eine ausreichende Datenbasis in Form eines Impfregisters. Es gibt Auskunft darüber, wer geimpft ist und wer nicht. Auf diese Weise können Menschen rechtzeitig über notwendige Impfungen oder Auffrischungen informiert und beraten werden. Das Register erlaubt Vorhersagen über eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems und hilft bei der Ermittlung von Impfpassfälschungen. Dabei kann es auf bereits bestehenden Datensätzen aufbauen, etwa der Steuer-Identifikationsnummer.

Wir setzen uns für die Intensivierung der Impfkampagne ein: neue Formate für die gezielte Ansprache ungeimpfter Bürger, eine verbesserte Aufklärung über den Nutzen von Impfungen und den Kampf gegen Desinformation. Damit im Falle des Falles in großem Maßstab geimpft werden kann, soll eine ausreichende Infrastruktur vorgehalten werden. Dazu zählen neben den Impfzentren mobile Impfzentren, Arztpraxen und Apotheken.

In unserem Konzept definieren wir, unter welchen Voraussetzungen ein Impfmechanismus in Kraft gesetzt werden könnte. Das hängt davon ab, wie schnell sich eine neue Virusvariante überträgt, wie schwer die Erkrankung ist, die sie auslöst, ob ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht und wie hoch die Impfquote dann ist. Geimpft werden könnte nach einem Stufenmodell: zunächst die besonders gefährdete Gruppe der über 60-Jährigen, dann die über 50-Jährigen, die Beschäftigten in Schulen, Kitas, den Einrichtungen der kritischen Infrastruktur sowie der Polizei. Mit einem einfachen Bundestagsbeschluss kann der Mechanismus schnell „scharf geschaltet“ werden, sollte die Corona-Lage es erfordern.

Bislang sind wir die einzige Fraktion mit einem fertigen Konzept. Die Regierung hat nichts vorgelegt, sie hat die Verantwortung auf die Abgeordneten abgeschoben. Wir sind aber offen für das Gesprächsangebot der SPD-Fraktion, an einem gemeinsamen Gesetz zu arbeiten. Wir sind zu Kompromissen bereit, aber nicht bereit eine handwerklich schlechte Arbeit der Regierung zu unterstützen - wie sie bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht vorgelegt worden ist. Diese soll zum 15. März greifen, wirft aber jede Menge Fragen hinsichtlich der Umsetzbarkeit auf.

**WAS BRINGT EIN IMPFREGISTER?**

- Klare Datenbasis über die Impfquote
- Gezielte Aufklärung von Ungeimpften
- Erleichtert Ermittlungen gegen Impfpassfälscher
- Vorhersagen über Krankenhausbelastungen

CDU CSU

The infographic features a purple background with white and yellow text. On the left, there is an illustration of a syringe and a row of vaccine vials. On the right, there is an illustration of a doctor wearing a blue face mask and a white lab coat, sitting at a desk with a computer monitor. The CDU and CSU logos are at the bottom left.

## Die Woche im Plenum



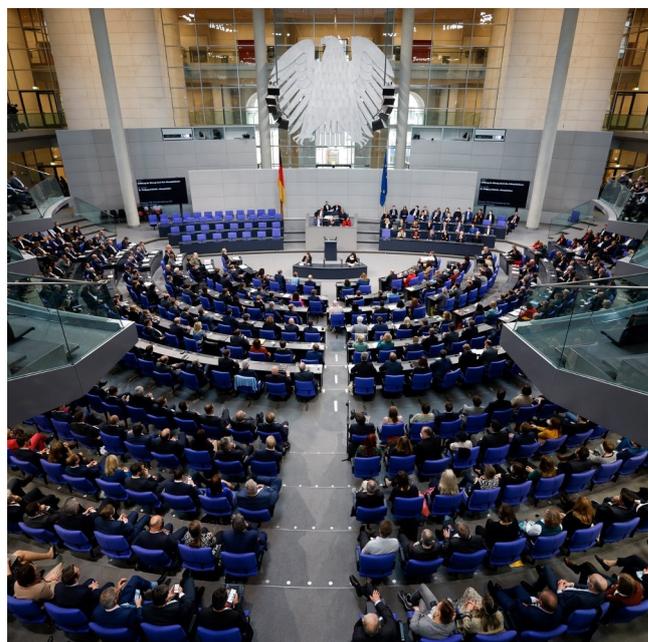
### 1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Mit unserem **Antrag Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen** präsentieren wir ein umfangreiches Gesamtpaket an Maßnahmen, um schnell auf die Nöte von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu reagieren. Der politische Handlungsbedarf ist dringend. Unser Antrag gibt längerfristig Sicherheit: Die Streichung der EEG-Umlage, die reduzierte Umsatzsteuer für Strom-, Gas und Fernwärme sowie die extreme Reduktion der Stromsteuer von 20,5 EUR/MWh auf 1 EUR/MWh für private Nutzung senken Energiekosten für alle spürbar sofort und verlässlich. Außerdem fordern wir, dass die Pendlerpauschale umgehend auf 38 Cent pro Kilometer anzuheben und dynamisch in Abhängigkeit vom CO<sub>2</sub>-Preis auszugestalten. Auch die kurzfristigen Kündigungen zahlreicher Stromanbieter nehmen wir in den Blick: Die Nachhaltigkeit und Solidität der Geschäftsmodelle der Versorger muss effektiv kontrolliert werden. Wer bereits gekündigt wurde, muss nun schnell Gewissheit darüber erhalten, ob dies rechtswidrig war und ein Anspruch auf Schadensersatz besteht. Die Tarife der Grundversorger sollten zukünftig eine faire Verteilung der Kostenbelastung von Neu- und Bestandskunden gewährleisten.

Des Weiteren haben wir in der Unionsfraktion unseren **Antrag „Impfvorsorgesetz – ein guter Schutz für unser Land“ ein Vorsorgekonzept gegen Covid-19** beschlossen. Unser Plan umfasst die Schaffung eines Impfreisters, die Intensivierung der Impfkampagne und einen Impfmechanismus, um zukünftig die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Außerdem diskutierten wir zwei Anträge unserer Frak-

tion mit den Titeln **„Planungssicherheit geben und gemeinsam europäisch handeln, Dauer des Genesenen-Status wieder auf 180 Tage anheben und einheitliche Quarantäneerleichterungen für reisende Familien mit Kindern“** sowie **„Einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt solide vorbereiten“**.

Auf Verlangen unserer Fraktion debattierte der Bundestag in einer Aktuellen Stunde über das Thema **„Rechtsstaatlichkeit wahren, Demokratie schützen – Haltung der Bundesregierung zu Straßenblockaden und unangemeldeten Demonstrationen sowie zur Publikation von Regierungsmitgliedern in Magazinen von linksextremistisch beeinflussten Organisationen“**. Bundesumweltministerin Lemke hat ihr Verständnis zu den aktuell stattfindenden Protestaktionen von Klima- und Umweltaktivisten geäußert, bei denen insbesondere Autobahnen blockiert werden. Die Bundesumweltministerin redet damit Gesetzesbruch als ‚Formen zivilen Ungehorsams‘ schön. Dies erweckt den Eindruck, dass der Zweck alle Mittel heiligt. Eine solche Haltung untergräbt aber nicht nur das Vertrauen in den Rechtsstaat, sondern schadet auch der Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutz. Wer Rettungswagen blockiert, gefährdet Menschenleben. Dies darf niemals der Preis für welches politische Anliegen auch immer sein. Der zweiten Punkt der Aussprache betraf einen Gastbeitrag von Bundesinnenministerin Faeser in einem Magazin einer linksextremistisch beeinflussten Vereinigung. Wir haben klar gemacht, dass sich die Bundesinnenministerin als oberster Schützerin unserer Verfassung ihren Fehler öffentlich eingesteht. Nur so kann sie glaubwürdig und unbelastet jeglichen politischen Extremismus – sei es links, rechts oder islamistisch – wirksam bekämpfen.



## 2. Sonstige Tagesordnungspunkte

Der Bundestag entschied in dieser Woche über den **Gesetzesentwurf der Bundesregierung „über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2022“ (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2022)**. Dem Gesetzesentwurf zufolge sollen zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft aus dem Sondervermögen des European Recovery Program (ERP) im Jahr 2022 etwa 901 Mio. Euro bereitgestellt werden. Insbesondere mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige freier Berufe sollen dadurch zinsgünstige Darlehen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von insgesamt etwa 9,8 Mrd. Euro erhalten, heißt es in der Vorlage. Das ERP-Sondervermögen des Bundes geht auf den Marshallplan der Nachkriegszeit zurück. Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, vor allem mittelständische Betriebe, und Angehörige freier Berufe werden aus ERP-Mitteln mit zinsgünstigen Darlehen und Beteiligungskapital gefördert.



Wir debattierten außerdem das **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2022**. Dieses enthält die nächsten Schritte der Transformationsagenda der Kommission, welche nach Überwindung der COVID-19-Krise zu einem grüneren, gerechteren, digital besser aufgestellten und resilienteren Europa führen sollen. Geplant ist, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Zusätzlich zu ihrem im Jahr 2021 als Teil des europäischen Grünen Deals vorgestellten Pionierpakets „Fit for 55“ will die Kommission einen Rechtsrahmen für die Zertifizierung der CO<sub>2</sub>-Entfernung vorschlagen. Ferner sollen laut Arbeitsprogramm weitere Schritte hin zur emissionsfreien Mobilität unternommen werden, beispielsweise durch eine Überprüfung der CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge.

Geplant sind auch ein Null-Schadstoff-Aktionsplan zur Verbesserung der Wasser- und Luftqualität, neue Vorschriften für den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden und eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft, indem das Recht gestärkt wird, Produkte reparieren zu lassen, anstatt sie zu ersetzen. Angesichts der Pandemie, die als Katalysator für die Digitalisierung der Welt gewirkt habe, kündigt die Kommission an, ihren Weg in das digitale Jahrzehnt weiterzuverfolgen, „damit der digitale Wandel in der EU bis 2030 vollzogen wird“. Der Binnenmarkt sei nach wie vor von entscheidender Bedeutung für Europas Innovation, heißt es in dem Programm. Daher habe die Kommission die Wettbewerbspolitik überprüft und werde ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt vorschlagen, um künftige Störungen zu verhindern.



Wir debattierten einen von der Ampel eingebrachten **Gesetzesentwurf zum Kurzarbeitergeld**. Der vereinfachte Zugang zur Kurzarbeit hat in der Corona-Pandemie maßgeblich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und zum Erhalt von vielen Arbeitsplätzen beigetragen. Die Regelungen laufen jedoch zum 31. März 2022 aus. Es ist richtig und sinnvoll, diese Sonderregelungen bis zum 30. Juni 2022 fortzuführen und die maximale Bezugsfrist von 24 auf 28 Monate zu erweitern. Völlig unverständlich ist allerdings, dass der Bundesarbeitsminister die hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge und die Einbeziehung der Zeitarbeit nicht verlängern will. Hier muss die links-gelbe Koalition dringend nachbessern. Ansonsten besteht die Gefahr, dass viele Beschäftigte in den von der Pandemie besonders betroffenen Betrieben ihre Arbeitsplätze verlieren. Das ist unverantwortlich und wird von der Union nicht mitgetragen. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag zum Gesetzesentwurf eingebracht und fordern, diese Lücken bei der Kurzarbeit zu schließen.

## Glückwunsch Friedrich Merz — Danke Ralph Brinkhaus!

Friedrich Merz ist neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der 66-jährige CDU-Chef, der von den Unionsabgeordneten 89,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bedankte sich für das eindrucksvolle Vertrauensvotum und kündigte eine entschlossene Oppositionsarbeit an. Die Bundestagsfraktion sei das „Kraftzentrum von CDU und CSU“, sagte Merz. Er kündigte an, dass die Unionsfraktion in der Opposition nicht nur die Regierung kontrollieren, sondern eigene Themen setzen und Alternativen entwickeln werde. Als wichtige Themen nannte er die soziale Marktwirtschaft und den Klimawandel sowie die innere und äußere Sicherheit als zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Es brauche auch einen neuen Generationenvertrag zugunsten der jungen Menschen, erklärte er.



Seinem Vorgänger Ralph Brinkhaus dankte Merz für die herausragende Zusammenarbeit. Dessen Arbeit habe die Fraktion mit lang anhaltendem Applaus gewürdigt. In seinem letzten Statement als Fraktionschef bedankte sich Ralph Brinkhaus ebenfalls bei allen für die gute Zusammenarbeit. Die Arbeit in schwierigen Zeiten habe er sehr gerne gemacht, sagte Brinkhaus.

## Daten & Fakten

Beim Planen neuer Wohngebäude setzen Bauherrinnen und Bauherren in Deutschland deutlich stärker auf erneuerbare Energien als Hauptenergiequelle. Zwei Drittel (65,5 %) der von Januar bis November 2021 genehmigten 118 000 Wohngebäude sollen primär mit erneuerbaren Energien geheizt

werden. Im Vorjahreszeitraum hatte der Anteil noch bei 57 % der 113 600 genehmigten Wohngebäude gelegen. Bei der Warmwasserbereitung wird noch häufiger auf erneuerbare Energieträger gesetzt: In 68,9 % der von Januar bis November 2021 genehmigten Wohnungen war dies der Fall. 2020 sollte noch bei 62,1 % der genehmigten Wohnungen Warmwasser primär mit Hilfe Erneuerbarer bereitet werden.



Besonders häufig sollen in beiden Fällen Umweltthermie und Geothermie mittels Wärmepumpen zum Einsatz kommen, aber auch Solarthermie oder Biomasse sollen genutzt werden. Auf die Nutzung konventioneller Energieträger wird dagegen seltener gesetzt: Die Gasheizung verliert mit einem Anteil von 24,4 % bei der primären Energienutzung an Bedeutung. Von Januar bis November 2020 hatte der Anteil noch 32,7 % betragen.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

**CDU CSU** Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*